

**Anfrage Gerber Fritz und Mit. über die Fehlberechnungen im Massnahmenplan Ammoniak betreffend die Abdeckung von Güllelagern**

eröffnet am 26. Januar 2026

2020 setzte der Kanton Luzern den Massnahmenplan zur Ammoniakreduktion in Kraft. Seit Oktober liegt der Zwischenbericht 2025 vor. Die Reduktion von Ammoniak betreffend die Abdeckung der Güllelager ist weit weniger stark als erhofft. So wird bis 2030 statt der versprochenen 450 Tonnen Ammoniak nur deren 146 eingespart (Stand 2025 nur 43 Tonnen). Diesbezüglich wird von Seiten des Kantons darauf verwiesen, dass man eben nicht alles genau zum Vornherein wisse. Die zuständigen Stellen des Kantons fühlen sich offenbar für ihre Fehlberechnungen nicht verantwortlich.

Diesbezüglich stellen sich folgende Fragen:

1. Markus Bucheli, «Projektleiter und Ammoniak-Experte» des Kantons Luzern, sprach gegenüber dem SRF-Regionaljournal von einem Rechenfehler bei der Abdeckung der Güllelager. Hierzu ist festzuhalten, dass es jederzeit allen Praktikern und Fachpersonen klar war, dass Güllelager nicht ganz dicht sein dürfen, und zwingend eine minimale Lüftung brauchen. Dies vor allem wegen der bestehenden Explosionsgefahr und wegen giftiger Gase (Methan, Schwefelwasserstoff, Ammoniak, Kohlendioxid). Folgerichtig war klar, dass ein wesentlicher Teil dieser Gase und somit auch von Ammoniak aus den Güllelagern entweichen wird und muss. Das war von Anfang an allen Sachverständigen bewusst. Warum wurde dies bei der Berechnung nicht berücksichtigt?
2. Wurde dieser technische Sachverhalt von den kantonalen Stellen bewusst nicht berücksichtigt oder «ungewollt» vergessen?
3. Mittlerweile geht man in der Branche davon aus, dass sich die Verwaltung nicht um das Dreifache verrechnen konnte, sondern dass die verantwortlichen Stellen den bei gedeckten Güllelagern austretenden Ammoniak gewollt nicht berücksichtigt und eine viel zu hohe Ammoniakreduktion suggeriert hätten, damit die exorbitanten Kosten für die Abdeckung der Güllelager (21 bis 30 Mio. Fr.) begründbar waren. Was ist hierzu die Meinung der Regierung?
4. Mit der Abdeckung der Güllelager mit Kosten von 21 bis 30 Millionen Franken werden nur noch 146 Tonnen Ammoniak eingespart. Hochgerechnet auf 20 Jahre sind dies 2920 Tonnen. Somit betragen die Kosten 7192 bis 10'274 Franken pro eingesparte Tonne Ammoniak. Wie beurteilt die Regierung diese exorbitanten Kosten pro eingesparte Tonne Ammoniak?
5. Das vom Bund und von den Kantonen vorgeschriebene Abdecken der Güllelager wird über den Topf «Strukturverbesserung» mitfinanziert. Diese Beiträge sind offenbar bis 2030 nicht ausreichend bzw. reichen nicht für alle vorgeschriebenen Bauprojekte. Ist der Regierungsrat bereit, die nicht gesicherten Beiträge aus rein kantonalen Mitteln zu ergänzen?

6. Im Wissen, dass der Verbrauch tierischer Lebensmittel pro Kopf praktisch stabil bleibt und – aufgrund der zunehmenden Bevölkerung – der Konsum im Kanton Luzern in den nächsten Jahren stark ansteigt, braucht es eine höhere Produktion von tierischen Lebensmitteln und/oder mehr Importe. Ist der Regierungsrat immer noch der Meinung, dass die Luzerner Landwirtschaft extensiviert werden soll?
7. Ist sich die Regierung bewusst, dass – da niemand weniger essen und fast niemand weniger tierische Lebensmittel essen will – laufend mehr Nahrungsmittel aus dem Ausland, welche oft mittels in der Schweiz verbotenen Methoden produziert werden, importiert werden müssen?
8. Aufgrund der fehlerhaften Berechnungen des Kantons sind die dannzumal hochgerechneten bzw. versprochenen (und von den Landwirten verlangten) Zielprozente der Ammoniakreduktion nicht realistisch. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass aufgrund der zu hoch suggerierten Ammoniakzielprozente sowie des steigenden Verbrauchs tierischer Lebensmittel der Luzerner Bevölkerung die Zielprozente nicht eingehalten werden können und müssen?
9. Wenn Frage 8 mit Ja beantwortet wird: Ist der Regierungsrat bereit, die zu hoch gesteckten Zielprozente der Ammoniakreduktion auf ein realistisches Niveau zu reduzieren?
10. Im Zwischenbericht (Pt. 2.8 MA; Seite 24) fordert die Verwaltung: «wirkungsvoll und sinnvoll wäre es beispielsweise, eine Lenkungsabgabe auf mineralischem Stickstoffdünger zu erheben». Ist das so mit der Regierung abgesprochen? Ist die Regierung hier gleicher Meinung?

*Gerber Fritz*

Birrer Martin, Brücker Urs, Amrein Ruedi, Schnider Hella, Wandeler Andy, Frank Reto, Zanolla Lisa, Lang Barbara, Wicki Martin, Lötscher Hugo, Bossart Rolf, Hodel Thomas Alois, Ursprung Jasmin, Kunz-Schwegler Isabelle, Waldis Martin, Meyer-Huwyl Sandra, Schnydrig Monika, Ineichen Benno, Müller Guido, Arnold Robi, Küng Roland, Vogel Marlen, Dahinden Stephan, Steiner Bernhard, Stadelmann Fabian